

Hans Fenske

# Der Anfang vom Ende des alten Europa



Hans Fenske

Der Anfang vom Ende  
des alten Europa

Die alliierte Verweigerung  
von Friedensgesprächen  
1914-1919

OLZOG

**Bibliografische Information  
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese  
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**ISBN 978-3-7892-8348-2**

**© 2013 Olzog Verlag GmbH, München**

**Internet: <http://www.olzog.de>**

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung  
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert  
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,  
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: Atelier Versen, Bad Aibling  
Korrektur: Christina Brock M. A., München  
Satz: EDV-Fotosatz Huber/Verlagsservice G. Pfeifer, Germering  
Druck- und Bindearbeiten: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm  
Printed in Germany

# Inhalt

Vorwort .....	7
Zur Frage der Kriegsschuld .....	11
Ziele der Westmächte .....	27
Kurzer Blick auf die drei ersten Kriegsjahre .....	35
Friedensbestrebungen der Mittelmächte .....	39
Die USA im Kriege .....	45
Neue Friedensinitiativen .....	49
Waffenstillstand und Friedensschlüsse im Osten .....	53
Die letzte Phase des Krieges – Zerfall der Donaumonarchie .....	69
Ziele der Siegermächte .....	81
Die Pariser Friedenskonferenz .....	87
Annehmen oder ablehnen? .....	99
Die Schlussphase der Konferenz .....	103
Der Versailler Vertrag .....	107
Zweierlei Frieden: Brest-Litowsk und Versailles .....	111
Die Friedensverträge mit Deutschlands Verbündeten .....	115

## Inhalt

---

Von Versailles zum Young-Plan .....	119
Schluss .....	125
Quellen .....	127
Literatur .....	131
Personenverzeichnis .....	135

## Vorwort

Wer im Frühjahr 1914 gesagt hätte, dass Europa vor schwersten Erschütterungen stehe, die sich innerhalb von nur drei Jahrzehnten in zwei großen und etlichen kleineren Kriegen entladen, weite Landstriche verwüsten und Abermillionen Menschenleben fordern würden, wer dargelegt hätte, dass mancher Thron stürzen, die politische Landkarte Europas und andernorts ein gänzlich anderes Gesicht erhalten und Europa seine Weltstellung verlieren werde, der wäre auf ungläubiges Erstaunen gestoßen, und man hätte beruhigend auf ihn eingeredet. Aber im Juli 1914 trat Europa in eine Ära ein, in der sich innerhalb eines Menschenalters eben dies vollzog.

Dieser Zeitraum war von einer Ereignisdichte, wie ihn die Geschichte niemals zuvor gesehen hatte. Die Jahre von 1914 bis 1945 werden in der Geschichtsschreibung seit Langem mit guten Gründen als Zeit der Weltkriege zusammengefasst. Manchem ist das offenbar zu nüchtern, und so wurden denn plastischere und einprägsamere Bezeichnungen vorgeschlagen. Der amerikanische Publizist und Politiker Patrick J. Buchanan etwa sprach vor wenigen Jahren in seinem Buch über Churchill und das Ende des britischen Weltreiches von einem „Großen Bürgerkrieg des Westens“ und alternativ von einem „Dreißigjährigen Krieg der abendländischen Zivilisation“.

Beide Formeln sind griffig, ob sie aber angemessen sind, stehe dahin. Bürgerkriege sind innerstaatliche bewaffnete Auseinandersetzungen. Sie gab es in dem hier zur Diskussion stehenden Zeitraum auch, und der in Russland von 1917 bis 1922 sowie der in Spanien von 1936 bis 1939 waren sehr blutig und grausam. Aber ihr Gepräge erhielt die Zeit doch durch das Ringen von Staatengruppen in den beiden Weltkriegen. Auch das Wort von einem zweiten „Dreißigjährigen Krieg“ weckt Bedenken. Was zwischen 1618 und 1648 in Mitteleuropa geschah, war kein einziger und ununterbrochener Krieg, sondern eine Folge verschiedener Kriege mit zwei Friedensschlüssen 1629 und 1635, aber diese Kriege folgten doch sehr dicht aufeinander, und die Konstellation der Gegner änderte

sich dabei kaum. Auf der einen Seite standen der Kaiser, die katholischen Stände und Spanien, auf der anderen protestantische Staaten, die zunächst vom katholischen ‚allerchristlichsten König‘ Frankreichs finanziell unterstützt wurden, ehe Frankreich 1635 auch direkt in den Krieg eintrat. Nur in der ersten Phase hatte die Religionsfrage erhebliches Gewicht, bald wurde die Auseinandersetzung zum Ringen von Großmächten. Zu ihnen gehörte damals auch Schweden, das seit 1630 am Kriege beteiligt war. Mit voller Berechtigung wurde seit 1648 von dem Dreißigjährigen Krieg gesprochen. Ganz anders sah es dagegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus. Während der Erste Weltkrieg noch andauerte, begann der Bürgerkrieg in Russland. 1919 und 1920 wurden in Ost- und Südosteuropa bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie um die Grenzziehung ausgetragen, und Polen suchte sein Territorium durch mehrere Feldzüge zu erweitern. Sehr blutig war der von Griechenland in Kleinasien gegen die Türken zur Erköpfung eines Großgriechenland geführte Krieg. Die vielfältigen Kämpfe im Raum der drei Mächte, die den Ersten Weltkrieg nicht überlebten, des Zarenreiches, der Donaumonarchie und des Osmanischen Reiches, hörten Ende 1922 auf. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs verstrichen sechzehn Jahre und acht Monate, in denen in Europa kein zwischenstaatlicher Krieg geführt wurde. Angesichts dessen ist es nicht angezeigt, für die Spanne von 1914 bis 1945 von einem zweiten Dreißigjährigen Krieg zu sprechen.

Das Gegenteil von Krieg – und ihm unbestreitbar vorzuziehen – ist Frieden. Nachdem es 1914 zum Zusammenprall der Großmächte gekommen war, suchten nur die Mittelmächte, Deutschland und Österreich-Ungarn, nach Möglichkeiten, den Krieg durch Verständigung mit der Gegenseite zu beenden. Die Alliierten verweigerten dagegen jedes Gespräch über einen Friedensschluss. Diese beharrliche Ablehnung eines Ausgleichs, dieses Setzen auf einen Sieg ohne jede Kompromissbereitschaft, war die erste entscheidende Weichenstellung in der Epoche der Weltkriege, es war der Anfang vom Ende des alten Europa. Der Untergang vollzog sich schrittweise, und es musste nicht zwingend dazu kommen. Hätten sich die Alliierten auf das Friedensangebot der Mittelmächte vom Dezember 1916 oder das wenig spätere Vermittlungsange-



bot des amerikanischen Präsidenten eingelassen, so wäre ein weitaus gerechteres Friedenswerk zustande gekommen als das von 1919/20. Auch wäre vermutlich das Zarenreich nicht zusammengebrochen, mithin Russland nicht zu einer bolschewistischen Diktatur geworden, sondern auf Reformkurs gegangen. Und nach der Niederlage der Mittelmächte 1918 wäre es für die Friedenssicherung dienlich gewesen, wenn die Siegermächte den Frieden nicht nur untereinander ausgehandelt, sondern sich mit den Besiegten an einen Tisch gesetzt und ihre Argumente und Vorschläge angehört und bedacht hätten. Das Friedenswerk wäre dann sehr viel gerechter und tragfähiger geworden.

Vor allem in der amerikanischen Delegation löste der Deutschland vorzulegende Vertragstext, als er endlich gedruckt war und im Zusammenhang gelesen werden konnte, Bedenken aus. Präsident Wilson sagte zu dem Mitglied seiner Delegation Ray S. Baker, er würde den Vertrag nicht unterschreiben, wenn er ein Deutscher wäre. Baker hielt den Vertrag für ein Instrument der Rache, und Außenminister Robert Lansing empfand ihn als unsagbar hart und demütigend für Deutschland und meinte, er werde Kriege eher hervorrufen als verhindern. Der französische Außenminister der Jahre 1914 und 1915, Théophile Delcassé, sagte im Oktober 1914 zum russischen Botschafter Iswolski, sein Ziel sei es, das Werk Bismarcks, das Deutsche Reich, zu zerschlagen. Ob das gelingen würde, war zu jenem Zeitpunkt allerdings höchst zweifelhaft, die französische Regierung hatte sich nach Bordeaux zurückgezogen, da die deutschen Truppen Paris bedenklich nahegekommen waren. Bei der Ratifikation des Versailler Vertrags durch die Kammer der Deputierten 1919 verweigerte Delcassé seine Zustimmung. Einem Journalisten sagte er, die vorgesehenen hohen und über einen langen Zeitraum von Deutschland zu erbringenden Leistungen und Entschädigungszahlungen wirkten so, als wolle man die Deutschen dazu zwingen, einen neuen Krieg zu beginnen. Die Reparationsfrage hatte ab 1929 entscheidenden Anteil daran, dass die NSDAP zu einer Massenpartei wurde und Hitler damit die Möglichkeit erhielt, das Amt des Reichskanzlers für sich zu fordern. Aber nicht an ihr entzündete sich der neue große Krieg, wie Delcassé befürchtet hatte, sondern an der Stellung Danzigs und an den mit der 1919 vorgenommenen Grenzziehung zwischen Deutschland

und Polen verbundenen Problemen. Der Zweite Weltkrieg erwuchs so aus der Regelung, gegen die sich der britische Premierminister David Lloyd George im März 1919 in seinem Memorandum von Fontainebleau entschieden gewandt und die er dabei als wahrscheinlichen Ausgangspunkt eines neuen Krieges im Osten Europas bezeichnet hatte.

Hätten die alliierten Spitzenpolitiker im Jahre 1919 bei ihren Beratungen über den Friedensvertrag die Auswirkungen ihrer Entscheidungen sorgsamer bedacht, so hätte die Entwicklung Europas nach 1919 einen anderen Verlauf genommen.

Die vorliegende Studie wurde erstmals unter dem Titel „Das Deutsche Reich und die Frage des Friedens 1914–1919“ veröffentlicht, in einer Sammlung von Aufsätzen des Verfassers zu den Jahren 1914 bis 1945, die die Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung in Neustadt an der Weinstraße ihm anlässlich seines damaligen Geburtstages gewidmet hat. Dem Olzog Verlag bin ich sehr dafür verbunden, sie in sein Programm aufgenommen zu haben.

Speyer, im März 2013

Hans Fenske

## Zur Frage der Kriegsschuld

Unter den 440 Artikeln des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten und nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden am 10. Januar 1920 in Kraft getretenen Friedensvertrags zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und assoziierten Mächten löste keiner in Deutschland so viel Empörung aus wie der Art. 231, der „Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und Schäden“ bezeichnete, „welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“<sup>1</sup> Als Ministerpräsident Bauer namens der Reichsregierung am 22. Juni den Siegermächten die Bereitschaft zur Unterzeichnung des Friedensvertrags aussprach, stellte er ausdrücklich fest, Deutschland lege „weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung“, dass es den Art. 231, „der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen

---

1 Vollständiger Druck des Versailler Vertrags in französischer und deutscher Sprache: Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919, in: Reichsgesetzblatt 1919, Nr. 140, S. 687–1349, deutscher Text in: Wippermann, Karl / Purlitz, Friedrich: Deutscher Geschichtskalender. Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Ergänzungsband: Vom Waffenstillstand zum Frieden von Versailles. Oktober 1918 – Juni 1919, Leipzig 1919, Anhang (nach S. 683), S. 2–166. Mit geringen Auslassungen in: Versailles 1919. Aus der Sicht von Zeitzeugen. München 2002, S. 112–357. Aus der sehr umfangreichen Literatur seien genannt: Kolb, Eberhard: Der Frieden von Versailles. München 2005; Gunzenhäuser, Max: Die Pariser Friedenskonferenz 1919 und die Friedensverträge 1919–20: Literaturbericht und Bibliographie. Frankfurt a. M. 1970; Krumeich, Gerd (Hg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung. Essen 2001; Rößler, Hellmuth (Hg.): Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenzen 1919. Göttingen 1966

nen, nicht annehmen kann und durch seine Unterschrift nicht deckt.“<sup>2</sup> Die Verbandsmächte wiesen diesen Vorbehalt unverzüglich zurück und erinnerten daran, dass bis zum Ablauf des für die Unterzeichnung gesetzten Termins weniger als 24 Stunden verblieben seien. Also leistete das Reich die ultimativ geforderte Unterschrift, aber keine der deutschen Regierungen in der Weimarer Zeit nahm zu Art. 231, der in der deutschen öffentlichen Diskussion sogleich als Kriegsschuldflüge qualifiziert wurde, einen anderen Standpunkt ein als die Regierung Bauer. Nachdem der Reichstag im August 1924 die zur Regelung der Reparationsfrage nötigen Gesetze verabschiedet hatte, erklärte das Kabinett Marx, in dem Gustav Stresemann für die Außenpolitik zuständig war, es könne und wolle diesen bedeutenden Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne in der Kriegsschuldfrage, die seit 1919 mit schwerem Druck auf der Seele des deutschen Volkes laste, klar und unzweideutig darzulegen, die „uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe“, widerspreche „den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie die Festlegung nicht anerkennt.“ Es sei eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser Anklage befreit zu werden. „Solange das nicht geschehen ist, und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden.“<sup>3</sup> Die Siegermächte lehnten die Entgegennahme dieser Note ab.

In der von Philip Kerr, einem jüngeren britischen Diplomaten, verfassten Mantelnote vom 16. Juli 1919 zur Antwort der Siegermächte auf die deutschen Gegenvorschläge wurde der Krieg „als das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker“ bezeichnet, „welche eine sich für zivilisiert ausgehende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat“. Die Regierungen Deutschlands hätten, so

---

2 Hohlfeld, Johannes (Hg.): *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart*, Bd. 3: Die Weimarer Republik, S. 34

3 Huber, Ernst Rudolf (Hg.): *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 4: 1919–1933. Stuttgart<sup>3</sup>1991, S. 413

hieß es weiter, während langer Jahre getreu der preußischen Tradition die Vorherrschaft in Europa angestrebt und danach getrachtet, „ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren“, Gewalt immer vor Recht gesetzt, unablässig die Rüstung ausgedehnt, sich bemüht, zwischen den Nationen Feindschaft und Argwohn zu säen und durch Gewaltandrohungen den Kontinent in einem Zustand der Gärung zu erhalten. Als „sie festgestellt hatten, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, da haben sie beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald ihre Vorbereitungen beendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb achtundvierzig Stunden den Krieg zu erklären“, im Bewusstsein, dass dieser Krieg nicht lokalisiert werden konnte und den allgemeinen Krieg entfesseln würde. „Um diesen Krieg doppelt sicher zu machen, haben sie sich jedem Versuch der Versöhnung und Beratung entzogen, bis es zu spät war, und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, jener Weltkrieg, den sie angezettelt hatten, und für den Deutschland allein unter den Nationen vorbereitet und ausgerüstet war.“<sup>4</sup>

Fast genau 18 Jahre später, am 29. Juni 1937, bewertete der Autor dieses hasserfüllten Textes, Lord Lothian, in einem Vortrag in London die Dinge inzwischen nüchterner und sagte, die These von der Alleinschuld Deutschlands könne niemand mehr aufrechterhalten, der die Vorgeschichte des Weltkrieges ernsthaft studiert habe. Er betonte aber, dass das Deutsche Reich „wegen des Flottenwettbewerbs mit England“ und seiner Neigung zur Gewaltdiplomatie in stärkerem Maße als jeder andere Staat für den Krieg verantwortlich sei.<sup>5</sup> Diese Argumentation zeigt, dass seine Beschäftigung mit dem Thema nicht sehr tief greifend war. Gelehrte aus neutralen Staaten urteilten schon bald nach dem Krieg ganz anders. Der Schweizer Ernst Sauerbeck, ein auf breitem Felde tätiger Wissenschaftler mit dem Schwerpunkt bei der Geschichtsphilosophie,

---

4 Schwabe, Klaus (Hg.): Quellen zum Friedensschluß von Versailles. Darmstadt 1997, S. 357–369, Zitate S. 358

5 Berber, Fritz (Hg.): Das Diktat von Versailles. Entstehung – Inhalt – Zerfall. Eine Darstellung in Dokumenten. Essen 1939, S. 1224–1226.

kam in einem von 1916 bis Anfang 1919 geschriebenen, auf der Auswertung aller damals gedruckt vorliegenden Materialien beruhenden umfangreichen Buch zu einem eindeutigen Befund: „Es trifft ... die Entente die Schuld, diesen Krieg ohne Not entfesselt zu haben, es trifft sie ... die weitere und schwerere Schuld, ihn zu dem gemacht zu haben, was er – wieder ohne Not! – geworden ist: zum Grab ganzer Völker“ – es waren während des Krieges mindestens zehn Millionen Gefallene zu beklagen, und dazu kamen wohl über eine Million tote Zivilisten. Als dritte und größte Schuld lastete Sauerbeck den Siegern den Friedensschluss an. Ihn bewertete er als das schlimmste Unheil, das der Welt drohte: „Ein Gewaltfriede, wie man ihn sich rücksichtsloser wohl in keinem Lager je geträumt hat, folgte auf den Kampf der Gewalt.“<sup>6</sup> Der amerikanische Senator Robert L. Owen stellte 1920 dem niederländischen Politiker und Rechtsgelehrten Alexander von Savornin Lohman, einem Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofs, zwei Fragen, ob nämlich die Friedensverträge sich auf die Voraussetzung gründeten, dass eine der beiden vor 1914 bestehenden Machtgruppen die alleinige Verantwortung für den Krieg trage, und ob eine solche Sichtweise mit den jetzt bekannten Tatsachen übereinstimme. Savornin bejahte die erste und verneinte die zweite Frage und urteilte: „Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain haben die Schuld am Kriege den Zentralmächten zugeschoben. Das hat eine Sache, die an sich schon ungerecht war, noch schlimmer gemacht. Damit haben die Sieger versucht, auch dem Rechtsbewusstsein Gewalt anzutun.“<sup>7</sup>

In Oslo bestand seit dem Frühjahr 1918 eine mit norwegischen Wissenschaftlern besetzte Kommission zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage. Ihrem Sekretär Hermann Harris Aall stellte Owen seine eben zitierten Fragen Ende 1925, ebenso dem Landeskomitee zur Erforschung der Kriegsursachen in der Schweiz und einzelnen Persönlichkeiten in den

---

6 Sauerbeck, Ernst: Der Kriegsausbruch. Eine Darstellung von neutraler Seite an Hand des Aktenmaterials. Stuttgart, Berlin 1919, S. 679 und S. V

7 Neutrale Komitees und Gelehrte über die Kriegsschuld. Antworten auf zwei Fragen des Senators Robert L. Owen, USA. Deutsche Ausgabe, Oslo 1927, S. IV

Niederlanden, in Schweden und in Finnland, überwiegend Juristen. Die erste Frage wurde einhellig bejaht, die zweite von der großen Mehrheit der 19 Befragten verneint, nur zwei sahen sich für eine Antwort nicht als kompetent an. Am dezidiertesten äußerte sich Axel C. Drolsum, Oberbibliothekar an der Universität Oslo. Er hielt für gegeben, „daß Deutschland 1914 als die einzige Macht sich ehrlich und nach allen Kräften un-aufhörlich für den Frieden bemüht hat. Seine Friedensbestrebungen scheiterten an dem Kriegswillen der anderen Mächte.“<sup>8</sup> Insgesamt schloss er sich dem Gutachten von Aall an. Dessen Votum ist eine umfangreiche Studie – auf 400 Druckseiten werden die Mächtebeziehungen von der Bildung der englisch-französischen Entente bis zum Sommer 1914 untersucht. Aall nannte das Zarenreich den *agent provocateur* für den Krieg und maß England den entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung bei, die 1914 zur Katastrophe führte. Die alliierte Haltung zur Schuldfrage bewertete er als „unvereinbar mit elementaren Grundsätzen der Gerechtigkeit“, die Friedensverträge mit Deutschland und Österreich waren für ihn „eine einzige Kette von Völkerrechtsverletzungen.“<sup>9</sup> Alle eben erwähnten Voten erschienen 1927 in einem von der Neutralen Kommission Norwegens herausgegebenen stattlichen Band in mehreren Sprachen.

Der Zusammenstoß der europäischen Mächte 1914 erwuchs aus den Problemen auf dem Balkan. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts besaß das Osmanische Reich dort noch ausgedehnte Territorien mit mehr als fünf Millionen Einwohnern: Griechen, Bulgaren, Albanern, Serben und in Konstantinopel und seinem Umland Türken. Bosnien und Herzegowina und der südlich anschließende Sandschak Novibazar mit zusammen gut 1,5 Millionen Einwohnern gehörten nominell zum Reich des Sultans, aber Erstere hatte der Berliner Kongress 1878 der Donaumonarchie zur Verwaltung zugewiesen, in Letzterem herrschte seitdem das Besatzungsrecht. Serbien war ein Kleinstaat mit einer Bevölkerung von etwa 2,3 Millionen Menschen, das kleine Montenegro zählte nur ein Zehntel dessen, ebenfalls Serben. Griechenland kam Serbien etwa gleich, und

---

8 Ebd., S. 430 f.

9 Ebd., S. 75